

2009-02-03

# Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4  
06844 Dessau-Roßlau  
Tel.: 0340/2040



## Niederschrift

über die Sitzung des Stadtrates am 21.01.2009

**Sitzungsbeginn:** 16:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 18:40 Uhr  
**Sitzungsort:** Ratssaal des Rathauses Dessau  
**Leitung der Sitzung:** Herr Dr. Exner Stadtratsvorsitzender  
Herr Hoffmann 1. Stellvertreter  
Frau Storz 2. Stellvertreterin  
**Anwesend:** **Soll: 50** **Ist: 43**

Die Ist-Zahl entspricht der Höchstzahl der anwesenden Stadträte; Änderungen während der Sitzung sowie das Stimmrecht des Oberbürgermeisters wurden bei den Abstimmungsergebnissen berücksichtigt.

**Es fehlten:**

### **Fraktion der CDU**

Glathe, Otto  
Kolze, Jens  
Mau, Hans-Joachim  
von der Heydt, Jörn unentschuldigt

### **Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**

Sauermilch, Werner, Dr

### **Fraktion Bürgerliste/DIE GRÜNEN**

Busch, Thomas  
Weber, Ralf-Peter, Dr.

## Öffentliche Tagesordnungspunkte

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Die erste Sitzung des Stadtrates 2009 wurde von Herrn Stadtratsvorsitzenden Dr. Exner mit den besten Wünschen für das neue Jahr eröffnet. Er stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

## 2. **Verpflichtung des Ratsmitgliedes Herrn Otto-Harald Krüger zur Erfüllung seiner Amtspflichten**

Von dem neuen Mitglied des Stadtrates, Herrn Otto-Harald Krüger, nahm der Stadtratsvorsitzende die Verpflichtungserklärung entsprechend der Gemeindeordnung § 51 entgegen und wünschte ihm Erfolg bei seiner Tätigkeit. Herr Krüger rückte für das verstorbene Mitglied der Fraktion Die Linke, Herrn Erhard Geier, nach.

## 3. **Beschlussfassung der Tagesordnung**

Namens der SPD-Fraktion beantragte Herr Dreibrodt die Absetzung des Punktes 8.2 aus dem nichtöffentlichen Teil der Sitzung, da sich neue Erkenntnisse ergeben haben, die auch der Verwaltung bekannt seien.

Sich auf die nachträglich ausgereichte Informationsvorlage zu neu 6.3 beziehend, wies Herr Bähr, Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM, darauf hin, dass diese im nichtöffentlichen Teil behandelt werden müsse.

Diesem Hinweis stimmte Oberbürgermeister Koschig zu, er bat um Einordnung der Informationsvorlage **DR/IV/002/2009/II-10 unter 9.1** der Tagesordnung. Zu dem Antrag der SPD-Fraktion bestätigte er die Aussage, bat aber darum, dennoch zu dem Sachverhalt seitens der Verwaltung informieren zu wollen.

Herr Dr. Exner brachte den Antrag auf **Absetzung des TOP 8.2** zur Abstimmung. Er wurde mehrheitlich angenommen. Des Weiteren gab es Zustimmung, die **Information** zu dem Sachverhalt als **TOP 9.2** einzuordnen.

Die geänderte Tagesordnung wurde beschlossen.

## 4. **Berichte des Oberbürgermeisters**

### 4.1 **Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt**

**Herr Koschig** stellte seinem Bericht den Hinweis voran, dass an der heutigen ersten Sitzung des Stadtrates im Jahr 2009 zugleich erstmals der neue Beigeordnete für Wirtschaft und Stadtentwicklung, Herr Hantusch, teilnimmt. Er begrüßte ihn an dieser Stelle herzlich und wünschte ihm einen guten Start.

Zu Beginn des Jahres, am 7. Januar 2009 wurde dem 4. Jahrestag des Todes von Oury Jalloh mit allen gesellschaftlichen Kräften der Stadt an der Friedensglocke gedacht.

Die ersten Wochen dieses Jahres waren geprägt von den Neujahrsempfängen in der Stadt. Am 11. Januar fand der Neujahrsempfang der Stadt im Anhaltischen Theater statt und erhielt lobende Worte des Ehrengastes aus der Landesregierung, Wirtschaftsminister Dr. Haseloff.

Am 16. Januar hat die Wirtschaft der Stadt Dessau-Roßlau ihren mittlerweile auch traditionellen Neujahrsempfang durchgeführt. In seinem Grußwort hatte der Ehrengast, der Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt, Prof. Böhmer, im Zusammenhang mit

der Haushaltskonsolidierung und der Stabilisierung unserer kommunalen Finanzen Herrn Koschig angeregt, ihn für das nächste Jahr wieder einzuladen, um in der Angelegenheit auch ein paar Zahlen vorzulegen. Herr Koschig denke, es sei die Gelegenheit, den Stadtrat und die Öffentlichkeit nicht ein ganzes Jahr warten zu lassen, sondern zu dem angesprochenen Sachverhalt an der Stelle hier zu informieren.

Herr Koschig vermute, dass sich der Ministerpräsident auf eine Zuarbeit des Landesverwaltungsamtes gestützt hat, das immer mal in Form von verschiedenen Benchmarking Kennziffern heraussucht. In diesem Fall war es eine Stellenquote der Kernverwaltung der kreisfreien Städte im Jahr 2008. In der Tat sind wir da gegenüber Halle und Magdeburg nicht sehr gut aufgestellt. Nach der vorgelegten Statistik kommen in unserer Kernverwaltung auf 1000 Einwohner 9,65 Mitarbeiter, in Magdeburg 8,88 und in Halle 8,477. Es handelt sich zwar ausschließlich um die Kernverwaltung, aber es wurden einige Besonderheiten bei dieser Statistik nicht berücksichtigt. Zum Beispiel wurde nicht unser Tarifvertrag zur Absenkung der wöchentlichen Arbeitszeit berücksichtigt. Halle und Magdeburg haben komplett ihr Gebäudemanagement ausgegliedert, die nicht mehr Bestandteil der Kernverwaltung sind. Wir konnten nicht überprüfen, ob die kulturellen Einrichtungen in den anderen beiden Oberzentren in gleicher Weise noch im Kernhaushalt enthalten sind, oder schon in verschiedene Eigenbetriebe ausgegliedert wurden.

Dennoch dürfe nicht verkannt werden, dass dieses Quotenspiel oft nicht die tatsächliche Situation darstellt, denn indem Personalkosten in Sachkosten bzw. Zuschüsse umgewandelt werden, werde immer noch kein einziger Cent eingespart. Fakt ist aber, dass die Stadt Dessau-Roßlau im Vergleich 2007 zu 2008 im tatsächlichen Ist 440 T€ Personalkosten in absoluter Höhe einspart, obwohl wir im Jahr 2007 nur die Personalkosten für 78 Mitarbeiter aus Anhalt-Zerbst vom 01. Juli bis 31. Dezember enthalten hatten. Das sind etwa 1,4 Mio. €. Wir hatten im Jahr 2008 eine erhebliche Tarifsteigerung abzufedern und eine außergewöhnliche Belastung, wie die Bezahlung der Mehrstunden der pädagogischen Kräfte in unseren Kindereinrichtungen, die sich für etwa 1 ½ Jahre angehäuft hatten. Es fand auch keine Ausgliederung von Einrichtungen statt, wie z. B. die Umsetzung des Ratsbeschlusses zur Übergabe von Kindereinrichtungen an freie Träger. Dies sind wichtige Tatsachen, die zählen und berücksichtigt werden müssen. Unsere Stadt sollte also an ihren tatsächlichen Konsolidierungserfolgen gemessen werden und nicht an irgendwelchen Quoten. Dies war für Herrn Koschig auch Veranlassung, in seiner Erwidern dem Ministerpräsidenten zu sagen, im nächsten Jahr werden die Bilanz der Fusion und die Personalkostenentwicklung dargestellt. Er denke, dass auch die Wirtschaft durchaus das Recht hat, von ihrer Stadt, die sie ja mit ihren Steuern wesentlich unterstützt, diese Zahlen vorzutragen zu bekommen.

Als drittes Oberzentrum, Dessau-Roßlau sei nun einmal die einwohnerschwächste und flächengrößte Stadt, könne man niemals ein Maximum bei einem solchen Vergleich erreichen. Bei 230.000 Einwohnern sei es besser möglich, eine effiziente Verwaltungsstruktur aufzubauen. Der Preis, hier gleichziehen zu wollen, wäre sicherlich die komplette Aufgabe einiger oberzentraler Aufgaben, was sicherlich nicht gewollt sein kann. Herr Koschig bedauere insofern die einseitige Darstellung. Man habe einmal nur die Korrektur vorgenommen hinsichtlich der Altersteilzeit, Freizeit und des Haustarifvertrages, der mit 37 Wochenstunden abgeschlossen wurde. Danach habe die Stadt einen Satz von 8,578 Mitarbeitern/je 1000 Einwohnern und liege genau zwischen Halle und Magdeburg (unberücksichtigt sind alle anderen Dinge, die möglicherweise in den beiden anderen Städten schon vollzogen wurden).

Herr Koschig habe dies berichtet, um darzustellen, dass das Personalentwicklungskonzept konsequent umgesetzt wird und man darum bemüht ist, auch den durch die Fusion entstandenen Personalüberhang abzubauen und gleichzeitig sehr wichtige Aufgaben durchzuführen, wie die Einführung des Doppischen Haushaltes mit eigenen Kräften. An dieser Stelle wies er auch darauf hin, dass die Stadt Dessau-Roßlau aus eigener Kraft eine Einsparung bei Personalkosten bis 2016 in Höhe von 60 Mio. EUR erwirtschaftet.

Zur **Umsetzung einiger Beschlüsse** legte Herr Koschig dar, im Stadtrat am 10.12.2008 wurde die Straßenausbaubeitragssatzung (DR/BV/026/2008/VI-60) beschlossen. Nach Unterschrift wurde ein Exemplar der Satzung zur Veröffentlichung im Amtsblatt weitergeleitet. Die Satzung wird in der Ausgabe Februar veröffentlicht. Das Original wurde dem Rechtsamt übergeben, welches nach VAO Nr. 38 die Anzeige beim Landesverwaltungsamt veranlasst.

Im Rahmen des Neujahrsempfangs der Dessau-Roßlauer Wirtschaft wurden verliehen:

- ▶ Unternehmerpreis 2008 - **Firma EAB - G. Sandow GmbH** (Handwerk)
- ▶ Unternehmer-Sonderpreis 2008 - **Firma SAXON Junkalor GmbH**  
(produzierendes Gewerbe)
- ▶ Unternehmer-Sonderpreis 2008 - **Firma Pocha Gebäudereinigungsservice**  
(Dienstleistung)

Für eine geplante Ansiedlung der Firma CARMAG GmbH auf ca. 4 ha konnte der Grundstücksverkauf im Industrie- und Gewerbegebiet Flugplatz abgeschlossen werden.

Die Octapharma GmbH erweitert sich im Gewerbegebiet Dessau-West (Investitionsvolumen: 17 Mio. EUR, Erhöhung der Zahl der Arbeitskräfte von 18 auf 50 Mitarbeiter).

Für den IQ Innovationspreis 2009 (Innovationen aus dem Bereichen Automotive, Biotechnologie, Chemie/Kunststoffe, Energie/Umwelt/Solar, IT und Ernährungswirtschaft) endet die Bewerbungsfrist am 15. März 2009

### **Stand der Baumaßnahmen**

In der Stadtratssitzung am 10.12.2008 wurde der Stand der Baumaßnahmen zum gegenwärtigen Zeitpunkt aufgezeigt, gleichzeitig erfolgten Hinweise, welcher Bautenstand zum Jahreswechsel 2008/2009 zu erwarten ist. Durch den Einbruch des Winters zum Jahreswechsel wurde die Bautätigkeit auf allen Baustellen eingestellt. Im Moment zeichnet es sich ab, dass der angekündigte Temperaturanstieg eine Wiederaufnahme der Bauarbeiten zum Ende des Monats Januar ermöglichen kann.

In der nächsten Stadtratssitzung werden dann Informationen gegeben, wie entstandene Bauzeitverzögerungen gegebenenfalls aufzuholen sind.

### **Zu den Beschlüssen:**

DR/BV/419/2008/VI-61

- Abwägung der im Rahmen des Bauleitplanverfahrens zum B-Plan Nr. 172 „Wohnanlage Wilhelm-Feuerherdt-Straße“ eingegangenen Stellungnahmen - erfolgte die Mitteilung des Abwägungsergebnisses mit Anschreiben vom 19.12.2008 (PA: 08.01.2009).

- DR/BV/441/2008/VI-61 – Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 214 „Kristallpalast“ in Dessau-Roßlau wurde im Amtsblatt / Ausgabe 01/2009 am 20.12.2008 bekannt gemacht.
- DR/BV/442/2008/VI-61 – Zur Satzung über die Veränderungssperre für den Bebauungsplan Nr. 214 „Kristallpalast“ erfolgte die Bekanntmachung im Amtsblatt, Ausgabe 01/2009 am 20.12.2008.

### **Soziales**

1. Die Stadt Dessau-Roßlau hat Anfang Januar einen Antrag beim bundesweiten ESF-Förderprogramm „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ eingereicht. Zielsetzung der Förderung ist die soziale, berufliche und gesellschaftliche Integration von Jugendlichen, jungen Heranwachsenden und Frauen. Laufzeit: 2009 bis 2011
2. Am 25.12.08 wurde im Städtischen Klinikum ein neugeborenes Mädchen in einer Reisetasche auf dem Tresen im Empfangsbereich von einer Frau und einem Mann abgestellt. Es war nicht erkennbar, ob es sich um die leibliche Mutter handelt. Das Kind wurde in Obhut genommen und befindet sich seit 02.01.09 in einer Adoptionspflegefamilie. Es ist bereits das zweite Baby, was innerhalb eines Jahres im Klinikum Dessau abgegeben wurde.

### **Kultur, Tourismus, Sport**

In Vorbereitung sind die Veranstaltungen 90 Jahre Bauhaus – Mit Sonderticket der Deutschen Bahn nach Dessau-Roßlau

Unserer Stadt ist es durch die enge Zusammenarbeit mit der Deutschen Bahn innerhalb der Kooperation Tagungsdreieck gelungen, die Deutsche Bahn zu gewinnen, ein Sonderticket anlässlich des 90-jährigen Bauhausjubiläums aufzulegen. Nicht nur unsere Stadt wird davon profitieren. Wir haben auch die Partner aus Berlin und Weimar mit in das Boot geholt.

### **Sport**

Am 28. Dezember 2008 fand in der Anhalt Arena die Jubiläumsauflage (10.) des internationalen Handballturniers der Stadt Dessau-Roßlau um den „Peugeot-Cup“ statt.

Den Auftakt des Sportjahres 2009 bildete gleich am 3. Januar 2009 traditionell das internationale Hallenfußballturnier um den „FORD-Cup 2009“, dieses Mal mit einem rein tschechischen Finale.

### **Kultur**

Am 16. Dezember 2008 wurde im Museum für Stadtgeschichte Dessau (Johannbau) die Ausstellung „Im Schatten der großen Meister. Die Dessauer Künstlerfamilie Beck/Schubert“ eröffnet. Vor allem das Wirken des aus Dessau stammenden Historienmalers Franz August Schubert wird darin besonders gewürdigt und man kann jetzt schon sagen, dass es sich dabei um eine wahre Wiederentdeckung eines Künstlers des 19. Jahrhunderts handelt.

Am 3. Februar werden wir in einer Festveranstaltung des 150. Geburtstages von Professor Hugo Junkers gedenken. Er wurde am 3. Februar 1859 in Rheydt geboren. Als Professor, Forscher und Unternehmer hat er ein umfangreiches Werk hinterlassen. Sei-

ne vielen Patente aus verschiedenen Bereichen ehren ihn noch heute mit Markennamen und legendären Produkten auf der ganzen Welt: Der „Junkers-Badeofen“ oder die „Tante JU“ waren Inbegriffe von Komfort und Moderne. Der Dessauer Gemeinderat hatte ihn am 25. Mai 1928 auf Vorschlag des Magistrates anlässlich der bevorstehenden Produktion des 1.000. Flugzeuges zum Ehrenbürger der Stadt Dessau ernannt. Aus diesem Grund wird die Stadt auch die Festveranstaltung wird am 3. Februar, 18.00 Uhr in der Marienkirche durchführen und der Oberbürgermeister sprach bereits jetzt dazu an alle Anwesenden eine Einladung aus.

In Zusammenarbeit mit dem Förderverein Technikmuseum findet eine ganze Festwoche mit sehr interessanten Veranstaltungen statt, von einem wissenschaftlichen Colloquium bis zu einem Fliegerball zum Abschluss der Festwoche.

Herr Koschig sprach ebenfalls die **Einladung zur Gedenkveranstaltung am 27. Januar 2009, 15.30 Uhr**, im Stadtpark an der Gedenkschale für die Opfer aus.

Aufgrund des hohen Schwarzwildvorkommens in der Stadt hat sich die Jägerschaft dieses Problems auch in diesem Jahr in besonderer Weise angenommen. Von Beginn des Jagdjahres am 1. April 2008 bis zu Silvester 2008 wurden im Stadtgebiet 941 Stück gestreckt.

Abschließend kam Herr Koschig nochmals auf seine Ansprache zum Neujahrsempfang im Anhaltischen Theater Dessau zurück. Er habe diese unter das Motto „Vertrauen wagen“ gestellt. Das Bild, welches man sich von außen mitunter mache, werde nicht unwesentlich von unserer Arbeit im Stadtrat geprägt, wie die Herausforderungen unserer Zeit gemeistert werden und ob man es gemeinsam tut. Alte Rathäuser seien oft geziert von alten Ratssprüchen, z. B. in der Stadt Köthen. Auch den Ratssaal von Dessau zierten mehrere solcher Sprüche in lateinischer Sprache, welche Herr Koschig zitierte und welche heißen: „Durch Eintracht werden auch die kleinsten Dinge gefördert“ und „Durch Zwietracht gehen die größten zugrunde“. Herr Koschig drückte den Wunsch aus, dass diese Sprüche diese Sitzung und das ganze Sitzungsjahr 2009 zum Wohlergehen von Stadt und Bürgerschaft begleiten.

#### **4.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums**

Es erfolgte keine Bekanntgabe von nichtöffentlichen Beschlüssen des Gremiums.

#### **5. Einwohnerfragestunde**

Es gab keine Wortmeldungen.

#### **6. Öffentliche Anfragen und Informationen**

##### **6.1 Information über die Eilentscheidung des Oberbürgermeisters zur Umschuldung zweier Kredite im Wert von insgesamt 3.871.000 EUR Vorlage: DR/IV/127/2008/II-20**

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

## 6.2 Erhebung von Eintrittsgeldern in den Museen Vorlage: DR/IV/037/2008/V-41

**Frau Sanftenberg, Fraktion Die Linke**, bat um Klarstellung. Ihrem Verständnis nach werde auf Seite 1 vom Verzicht auf Eintrittsgelder gesprochen, weil die Erhebung unwirtschaftlich sei und auf Seite 4, letzter Satz, davon, dass eine Nichterhebung wirtschaftlich nicht sinnvoll wäre.

**Herr Dr. Raschpichler** bestätigte, dass diese Formulierung nicht glücklich gewählt sei und eine Änderung erfolgen wird. Tatsächlich ist es so, dass man die Fachkräfte bereithalten wolle, letztendlich unter versicherungsrechtlichen Aspekten, natürlich auch für die Einnahme der Eintrittsgelder. Es werden also weiter Eintrittsgelder erhoben.

Auf die Beratung der Vorlage im Kulturausschuss ging **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, als Vorsitzender des Ausschusses ein. Der Konsolidierungsvorschlag lautete, dass man keine Eintrittsgelder mehr kassiert und dadurch das Personal einsparen kann. Die Prüfung der Verwaltung habe ergeben - so stehe es auch in der Vorlage - dass dieser Konsolidierungsbeitrag durch eine andere Kostendeckung im Museum für Stadtgeschichte erbracht wird und damit eine Nichterhebung von Eintrittsgeldern nicht sinnvoll ist. Es wird weiterhin Eintritt erhoben. Das Personal müsse aus versicherungsrechtlichen Gründen anwesend sein.

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

## 6.3 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

**Herr Eichelberg, SPD-Fraktion**, bezog sich auf den im Stadtteil Kochstedt befindlichen Schießstand, durch den in den letzten Wochen vermehrt Beschwerden der Bürger wegen Lärmbelästigung speziell an den Wochenenden verursacht wurden. Er bitte die Verwaltung, zu prüfen, ob die zulässigen Zeiten für die Nutzung des Schießstandes eingehalten werden oder evtl. neue Messungen betreffs Lärmschutzes durchgeführt werden müssen.

Bereits im Oktober habe er auf den Zustand des Gebäudes am Tivoli und die notwendigen Sicherungsmaßnahmen hingewiesen, erinnerte **Herr Hartmann, SPD-Fraktion**. Durch Brand wurde im Dezember der Dachstuhl des Hauses zerstört, weshalb er anmahnen wolle, dass die Stadt bei diesem städtebaulich wichtigen Objekt darauf achten sollte, dass die seitens der Versicherung gezahlten Gelder entsprechend eingesetzt werden, dass der Dachstuhl entsprechend repariert bzw. gesichert wird, um weitere Schäden am Gebäude fern zu halten. Er bitte baldmöglichst um einen Sachstandsbericht, wie sich die Situation dort entwickelt.

**Herr Tschada, Leiter des Bauordnungsamtes**, führte zunächst zur Beantwortung aus, dass das Grundstück zur Gefahrenabwehr durch Einfriedung gesichert sei. Die beiden Tore sind verschlossen. Zur Sicherung des Denkmals sei man im Kontakt mit dem Eigentümer, derzeit wird die Anhörung vorbereitet und die Einladung ergeht an ihn. Sofern die Verfügung notwendig wird, werde es erfolgsorientiert begleitet. Über das Ergebnis werde schriftlich berichtet.

Am 3. Februar jährt sich der Geburtstag von Hugo Junkers und auf dem Gelände Junkalor, wo er auch gewirkt hat, befinden sich zwei Einzeldenkmale (Rundbogenhalle und Verwaltungsgebäude), merkte **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, an. Er fragte, wie weit der Stand der Nachnutzung der beiden Denkmale ist bzw. inwieweit die Feierlichkeiten zum Geburtstag genutzt werden, um Unterstützung für die Sanierung der beiden Denkmale zu erhalten.

Seine zweite Frage befasste sich mit der Auslastung des Existenzgründerzentrums im Schlachthof. Er habe erfahren, dass ein Arbeitskreis „Sicherer Landkreis Anhalt-Zerbst“ dort Räume angemietet hat, welcher sicherlich kein Existenzgründer ist. Die Frage sei, welche Begründung der Ansiedlung es gibt und wie es vereinbart wird mit dem Förderziel des Zentrums.

Zur Anfrage betreffs Junkalor wird ein schriftlicher Bericht gegeben werden, sagte **Oberbürgermeister Koschig** zu. Was die Unterstützung betrifft, die man aus der Öffentlichkeit erfahren kann, könne er aber nichts Gutes berichten. So habe es im vergangenen Jahr eine Unterschriftensammlung gegeben, wo sich 160 Persönlichkeiten aus ganz Deutschland für den Erhalt dieser beiden Denkmale ausgesprochen hatten. Diese habe Herr Koschig persönlich angeschrieben, auf die schwierige Situation der Stadt hingewiesen und angeregt, dass sie mit einer Spende Unterstützung geben könnten, was ein guter Start für das ehrenamtliche Engagement an dieser Stelle wäre. Es haben lediglich vier Personen auf diesen Aufruf reagiert, es sind vier Spenden eingegangen und es gibt ein Spendenaufkommen von 411,- € (davon allein von einem Dessauer Bürger eine Spende in Höhe von 111,- €).

Zum WIP bestätigte **Herr Antal, Sgl Stadtentwicklung**, dass die Einmietung des Vereines „Sicherer Landkreis“ eine kurzfristige Übergangslösung sei, um das Gebäude Finanzrat-Albert-Straße 2 leer zu bekommen, da das Technische Rathaus diese Räumlichkeiten benötigt. Es wird mit der Vermietung in diesen Räumlichkeiten aber kein anderer Bedarf behindert, alle anderen Antragsteller im WIP konnten bedient werden. Es widerspricht auch nicht den Förderzielen, weil es eine temporäre Lösung ist.

Im Mai 2008 habe er eine Beschlussvorlage eingebracht mit dem Titel „Dessau-Roßlau ächtet ausbeuterische Kinderarbeit“, stellte **Herr Knop, DVU**, seiner Frage voran. Im Juni 2008 wurde ihm mitgeteilt, dass diese Vorlage an die Verwaltung zur Klärung der Zuständigkeit überwiesen worden sei. Die Verwaltung selbst habe ihm geschrieben, dass der Vorgang dem Landesverwaltungsamt vorgelegt worden sei. Bis heute ist ihm keine weitere Nachricht zugegangen. Erstaunen löste bei ihm aber aus, dass im Dezember auf der Tagesordnung des Stadtrates eine Beschlussvorlage von Frau Lohde stand, die fast identisch mit der von ihm im Mai eingereichten Vorlage war. Deshalb fragte er nach, was mit seiner Beschlussvorlage geschehen ist und warum man eine nahezu identische Vorlage von Frau Lohde nicht dem Landesverwaltungsamt vorgelegt und bereits im Dezember auf die Tagesordnung gesetzt hat.

Zur Aufstellung der Tagesordnung gebe es klare Festlegungen in der Geschäftsordnung, erklärte **Herr OB Koschig**. Zur Bearbeitung der Vorlage habe er eine Information im Dezember gegeben, dass noch eine abschließende Stellungnahme erwartet wird und die Verwaltung Anfang des Jahres, wenn alles vorliegt, in die Ausschussarbeit eintritt.

Ergänzend merkte der **Stadtratsvorsitzende Dr. Exner** an, dass sich aus der Geschäftsordnung das Recht eines jeden Stadtrates ergibt, Beschlussvorlagen in den Stadtrat einzubringen. Dieses Recht habe Frau Lohde wahrgenommen, weshalb ihre Vorlage auch auf die Tagesordnung kam. Nach Beschlussfassung der Tagesordnung durch das Gremium wurde sie dann aber mehrheitlich wieder abgesetzt.

Nach dem Verbleib bzw. Stand der Bearbeitung von vier Beschlussvorlagen aus dem Kindertagesstätten-Bereich (Anpassung der Elterngelder, Aufhebung der Geschwisterregelung, Neufassung der Satzung und dgl.), welche schon auf der Tagesordnung standen, aber abgesetzt wurden, da sie bereits in den Ausschüssen keine Befürwortung fanden, fragte **Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**. Wie ihm bekannt wurde, habe die gebildete Arbeitsgruppe bisher nicht sehr intensiv gearbeitet.

Es gibt in der Tat zwei Arbeitsgruppen, einmal hinsichtlich der Elternbeiträge und eine, welche sich mit der Richtlinie zur Förderung der Träger befasst, erwiderte **Herr Dr. Raschpichler, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales, Bildung und Kultur**. Die erstgenannte Arbeitsgruppe habe zum zweiten Mal zusammen gesessen und er könne deren Arbeit eine sehr hohe Qualität bescheinigen, weshalb er um nähere Aussagen von Herrn Giese-Rehm bitte, um dies nachprüfen zu können.

Die Arbeitsgruppe, welche sich mit der Förderrichtlinie befasst, ist insofern vielleicht etwas komplizierter. Dem Wunsch an die Freien Träger, Hinweise zu geben, wie die Arbeitsgruppenarbeit strukturiert werden soll, welche Erwartungen an die Veränderung der Richtlinie gestellt werden, wurde bisher sehr zögerlich entsprochen. Bisher habe sich nur ein Träger gemeldet, sich einbringen zu wollen. Deshalb nutze er heute gern die Chance, die Freien Träger aufzurufen, für diese Arbeitsgruppe eigene Vorschläge einzubringen. Herr Dr. Raschpichler sei aber optimistisch, dass in der Sitzung des Stadtrates im März die für den Haushalt relevanten Entscheidungen vorgelegt werden können.

Sie habe sich seit langem für den Bestand der kleineren Schulen in den Außenstadtteilen von Dessau-Roßlau eingesetzt, legte **Frau Storz, SPD-Fraktion**, dar. In Mildensee habe man erlebt, welche Auswirkungen eine solche Schulschließung für die Identität des Ortes und welche Beschwerden für die Kinder damit eintraten. Nunmehr liege ein weiteres Beispiel vor für die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Schließung der Schule und des Hortes in Mosigkau und Kochstedt. Die Mosigkauer Grundschule wird geschlossen, sie behält aber den Hort, die Kochstedter Schule hat Bestand, aber keinen Hort, so dass die Erstklässler zu drei verschiedenen Zeiten mit Bussen zwischen den beiden Ortsteilen hin und her transportiert werden müssen und das zu Lasten der Eltern. Frau Storz bitte das zuständige Fachamt, hierzu eine Stellungnahme abzugeben und zu prüfen, ob dies sinnvoll ist.

**Beigeordneter Dr. Raschpichler** antwortete direkt darauf, dass die Verwaltung durch die Veröffentlichung in der Presse natürlich gefragt sei, nachzuprüfen, ob die Feststellung so stimmt. Persönlich merkte er zunächst an, es sei richtig, dass Schulschließungen oftmals Kosten verlagern und u. U. mit Mehraufwendungen belasten und nicht immer den wirtschaftlichen Effekt erzielen, den man sich wünscht. Der Beschluss des Stadtrates zur Zusammenführung der Grundschule in der ehemaligen Sekundarschule Kochstedt stammt aus dem Jahr 2003 und er gehe davon aus, dass hinreichendes Er-

messen ausgeübt wurde für diese Standortentscheidung. Nach seinem Kenntnisstand war zu dieser Zeit aber nicht die Hortfrage Bestandteil des Beschlusses zur Schulentwicklungsplanung. Richtig ist, dass z. Z. dort ein großes Problem besteht. Er habe sich in der Verwaltung nunmehr drei oder vier Varianten erarbeiten lassen, wie dieses Hortproblem gelöst werden kann. Herr Dr. Raschpichler regte an, dass dazu evtl. in der nächsten Sitzung des Fachausschusses für Kultur, Bildung und Sport ein Sachstandsbericht gegeben wird. Weiter schlage er vor, mit Ortsbürgermeistern und auch den Eltern in Verbindung zu treten, um die vier Varianten durchzusprechen. Es zeige sich evtl. eine Lösung ab, wozu man aber wieder finanzielle Mittel benötigen werde.

Der Erfolg, welche durch Kommunal-Kombi erreicht wurde, müsse nicht zu Ende sein, führte **Herr Eichelberg, SPD-Fraktion**, aus. Da viele Kommunen und Landkreise nicht so schnell in der Lage waren, wie es unserer Stadt möglich war, habe Dessau-Roßlau durchaus Zugriff, weitere Stellen für die Stadt zu akquirieren, d. h. Gelder vom Bund und Land bekommen können. Wenn eine andere Kommune nicht den Gebrauch gemacht hat, können wir das für unsere Kommune anmelden. Deshalb sollte geprüft werden, welche Möglichkeiten es gibt.

**Herrn Dr. Neubert, Vorsitzender der FDP-Fraktion**, wurde durch das Präsidium des Stadtrates das Wort erteilt. Er merkte an, dass die Fraktion alljährlich in der ersten Sitzung des Stadtrates einen von ihren Mitgliedern persönlich gestifteten „Kommunikations- und Kooperationspreis“ verleiht. In diesem Jahr werde dieser Preis an Frau Sabine Moritz, Leiterin des Stadtpflegebetriebes, verliehen. Sie nehme in ihrer Funktion in exzellenter Weise die allgemeinwohlorientierten Interessen der Stadt und ihrer Bürger wahr. Mit der Verleihung würdige man nicht primär ihre vielfältig zu benennenden Leistungen selbst, sondern vielmehr die vorbildliche Art und Weise, wie Frau Moritz als Person zur Erfüllung der Aufgaben beigetragen hat. In einer folgenden Laudatio begründete Herr Dr. Neubert, warum die Auszeichnung Frau Sabine Moritz zuteil werden soll.

Der Bitte von Herrn Dr. Neubert folgend, zur Übergabe des Preises - eine Holzplastik des Künstlers Jürgen Ludwig - nach vorn zu kommen, folgte Frau Moritz und nahm den Preis sowie die Glückwünsche entgegen.

## **7. Beschlussfassungen**

### **7.1 Neuwahl eines stimmberechtigten Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses**

**Vorlage: DR/BV/002/2009/V-StR**

Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner schlug vor, die Zustimmung zur Vorlage per Akklamation zu geben. Es gab keine gegenteilige Meinungsäußerung.

Herr Jan Geier wurde als stimmberechtigtes Mitglied des Jugendhilfeausschusses gewählt.

**Abstimmungsergebnis: 44:00:00**

## 7.2 Erhalt der Beteiligungen an kommunalen Unternehmen (Bürgerbegehren) Vorlage: DR/BV/459/2008/PD/NF

In seinem Wortbeitrag erklärte **Herr Maloszyk** für die **FDP-Fraktion**, den Widersprüchen des Oberbürgermeisters zu diesem Beschluss sowie zu dem des nachfolgenden Tagesordnungspunktes zu unterstützen. Man ändere sein Abstimmungsverhalten nicht und fordere die übrigen Fraktionen auf, ihre Entscheidungen zu überdenken und die Position des Oberbürgermeisters zu stärken. Die Verhandlungen mit dem Landesverwaltungsamt bezüglich des Haushaltes würden schwierig genug werden.

Ausführungen zum sachlichen Zusammenhang zum Begehren selbst erfolgten durch **Herrn Schönemann, Fraktion Die Linke**. Er machte deutlich, dass die in der Vorlage dargestellten Zusammenhänge nichts mit dem eigentlichen Anliegen zu tun haben. Der OB habe auch gestern in einer kommunalpolitischen Runde noch einmal thematisiert, dass es weder einen Beschluss zur Veräußerung von städtischem Eigentum oder Beteiligungen gibt, noch ähnliche Sachlagen. Das Begehren konzentriert sich eindeutig auf den Umgang mit städtischem Eigentum. Da wir insgesamt vom Konsolidierungszeitraum bis in das Jahr 2016 schauen müssen, ist die Laufzeit des Bürgerbegehrens keine Gefahr für die Konsolidierung. Im Übrigen steht auch dieser Beschluss zum Begehren nicht im Widerspruch zur Konsolidierung. Es handelt sich also um eine sehr unterschiedliche Darstellung, weshalb die Fraktion Die Linke keinen Anlass sieht, von ihrem Grundanliegen zurückzutreten und werde dem Widerspruch nicht stattgeben.

**Herr Pohl, CDU-Fraktion**, stellte dar, dass der Widerspruch des Oberbürgermeisters eine sehr klare, unmissverständliche und nachvollziehbare Sprache spricht. Er wisse, dass es sich bei dem Thema um eine relativ festgefahrene ideologische Diskussion handelt und man kein Sterndeuter sein müsse, um das Abstimmungsverhalten vorherzusagen zu können. Seine Fraktion werde das gleiche Abstimmungsverhalten wie beim letzten Mal haben, da es aus ihrer Sicht der Dinge richtig ist. Herr Pohl gebe nur zu bedenken, ganz ohne Polemik gehe es dennoch nicht, sie sollte aber im Rahmen und vernünftig sein. Nur zu sagen, was man nicht will, reiche bei dieser schwierigen und ernstlichen Sachlage aber nicht aus. Er erinnerte an das Auftreten der Frauen vor der Sitzung des Stadtrates im Dezember, welches ihn sehr betroffen gemacht habe. Man müsse aber den Bürgern sagen, wenn man diesen Kurs weiterfahre, sei der Oberbürgermeister gezwungen, Einsparungen vorzunehmen und dann werden noch mehr Bürger davon betroffen sein. Man müsse nur ehrlich sein. Er frage, warum es dem Stadtrat nicht möglich ist, in kleineren Kreisen, nicht vor der breiten Öffentlichkeit, das gebe er zu, vorurteilsfrei über die gesamte Problematik sachlich miteinander zu reden und nach Lösungswegen zu suchen. Hier geht es darum, dass schon im Vorfeld über die Möglichkeit von Anteilsveräußerungen nicht geredet werden kann.

Eine andere Frage stehe für Herrn Pohl: Welche Außenwirkung habe das für diese Stadt? Wie soll eine Stadt von jemandem von außen betrachtet werden, die offensichtlich nicht in der Lage sein wird, ein realistisches Konsolidierungskonzept zu machen, über der das Damoklesschwert der Zwangsverwaltung schwebt? Das seien nicht unbedingt die günstigsten Voraussetzungen, um hier eine Ansiedlungspolitik zu fördern.

Keiner, nicht ein einziger in diesem Stadtrat, und ganz ausdrücklich seine Fraktion, rede hier von Verschleuderung kommunalen Eigentums. Aber es muss möglich sein, dass

alle Optionen prüffähig bleiben. Abschließend betonte Herr Pohl, wenn das Abstimmverhalten so sein werde, wie er es voraussehe, müsse man aber die Bürger wirklich über alle Folgen und Auswirkungen ordentlich aufklären und dürfe hier nicht Forderungen aufmachen, an welcher Stelle noch Geld gewollt werde und anderes ablehnen.

Es sei legitim, unterschiedliche Positionen zum Thema einzunehmen, entgegnete **Herr Schöнемann, Fraktion Die Linke**. Fakt sei, dass die von Herrn Pohl hier dargestellten Zusammenhänge nicht der Realität entsprechen und dass sie alle Optionen im Umgang mit städtischem Eigentum trotz Beschlusslage zulassen. Eine Ideefindung für Alternativlösungen werde nicht ausgeschlossen. Er bedauerte, dass kein Vertreter der CDU am Kommunalpolitischen runden Tisch am gestrigen Tag anwesend war, in dem es u. a. um Alternativen, mögliche Lösungen im Umgang mit schwierigen Haushaltslagen ging. Wer gestern teilgenommen habe, konnte von Frau Nußbeck erfahren, wie wohl diese Stadt und dieser Rat inzwischen in Richtung Konsolidierung erfolgreich unterwegs ist und das Loch, welches noch bis zum Jahr 2016 klafft, zu meistern ist. Natürlich bedarf es weiterer angestrebter Überlegungen und entsprechendem Sparzwang, aber er sehe das nicht im Zusammenhang mit der unbedingten Veräußerung städtischen Eigentums.

Seine Fraktion hätte gern an der gestrigen Beratung teilgenommen, erklärte **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**. Da die Einladung jedoch erst etwa 6 Tage vorher zugegangen sei, sei dies etwas zu kurzfristig. Seine Bitte ging an die Veranstalter, längerfristig einzuladen. Vielleicht könne aber Frau Nußbeck zum Inhalt etwas sagen.

Zur Realitätswahrnehmung merkte Dr. Schmidt an, real ist, dass die Stadt Dessau-Roßlau am 31.12., so sei es im Haushaltsplan für 2009 enthalten, einen Kontokorrentkredit von 40 Mio. EURO hat. Real ist auch, dass auch der Haushalt für 2009 wieder nicht ausgeglichen ist und wir ein Defizit bei den Konsolidierungsbemühungen haben. Laut Schreiben der Kommunalaufsicht müssen bis zum 28. Februar Lösungsvorschläge vorliegen, ansonsten droht eine Zwangsverwaltung. Des Weiteren gibt es eine Haushaltssperre, deren Realität man sich nicht verschließen könne. Es gehe keinen Beschluss, etwas zu veräußern, andererseits sollte man sich aber diese Option, die letzte Option, der andere Prüfungen vorangehen, nicht aus der Hand nehmen lassen. Insofern sei der Beschluss aus seiner Sicht kontraproduktiv.

Sein Unverständnis zum Widerspruch des Oberbürgermeisters drückte **Herr Eichelberg, SPD-Fraktion**, aus. Natürlich zwingt die Situation zu Überlegungen, wie der Haushalt konsolidiert werden kann. Aber es gebe das Gutachten von Rödel & Partner, wo der Stadtrat bereits bestimmte Beschlüsse fasste und eine Konsolidierung zum Ergebnis hat. Im letzten Hauptausschuss wurde über Möglichkeiten zur weiteren Konsolidierung nachgedacht. Es wurden Unternehmen eingeladen und man habe sich für eines entschieden, um zu prüfen, wo weitere Einsparungen möglich sind. Man arbeite also an weiteren Einsparungen für die Stadt. Zweitens wissen alle, und das ist nicht nur das Problem der Stadt Dessau-Roßlau, der Haushalt kann im Moment bis 2016 nicht konsolidiert werden. Man brauche aber nur ein Jahr mehr, 2017 könne es mit den Maßnahmen, die man schon beschlossen habe, schaffen. Das heißt, Herr Eichelberg sprach an dieser Stelle diejenigen an, die Kontakte mit Landespolitikern haben, man sollte versuchen, nochmals an das Land heranzugehen, über die Gremien zu gehen, um nochmals einen Aufschub für ein Jahr zu erreichen. Wenn das alles nicht ziehe, Herr Schöнемann habe es schon gesagt, man habe noch etwas Zeit. Abschließend gab Herr Ei-

chelberg zu verstehen, das Landesverwaltungsamt würde weder Veräußerungen vornehmen, noch werde es dazu kommen, dass man nicht mehr weiter arbeiten könne, dass der Oberbürgermeister ein besserer Hausmeister ist und die Stadträte nichts mehr zu sagen haben. Wer dies äußere, verbreite Angst, was völlig falsch ist.

**Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, wies auf den Ernst der Situation hin. Es werde eine Vor-Sich-Her-Schiebe-Taktik angewandt. Das Landesverwaltungsamt habe einen Termin gesetzt, bereits mit Druck zum 31.10. letzten Jahres. Man habe damals Beschlüsse gefasst, welche aber nicht ausreichend waren. Wer dann sage, es werde nicht so schlimm kommen, wie es angedroht ist, mache sich etwas vor. Der Theatervertrag zur Förderung ab der laufenden Spielzeit ist nicht unterschrieben! Man habe für das Jahr 2008 einen nicht genehmigungsfähigen Haushalt! Er könne sich nicht vorstellen, was man noch in knapp 6 Wochen erreichen könne. Aber nicht der Stadtrat konsolidiere derzeit, sondern die Verwaltung. Es sind auch s. E. die einigen, die daran wirklich arbeiten. Für das hier Gesagte, habe er deshalb kein Verständnis.

Das von Herrn Giese-Rehm Gesagte wurde von **Herrn Weber, CDU-Fraktion**, unterstrichen. Des Weiteren merkte er an, man rede bei der Konsolidierung immer vom Status quo, davon, zu sichern was bisher ist. Man habe aber in dieser Stadt viel vor uns liegen. Es müsse investiert, Straßen saniert, Kindereinrichtungen saniert und neu ausgestattet werden. Man müsse endlich wieder nach vorn sehen können. Wenn man bis 2017 konsolidiert hat, habe man aber noch keinen Cent in die Zukunft investiert.

Für sie werde hier der Eindruck erweckt, als sollte heute die Konsolidierung des Haushaltes beschlossen werden und nicht über die Abstimmung zum Bürgerbegehren, brachte **Frau Ehlert, Fraktion Die Linke**, zum Ausdruck. Das seien verschiedene Dinge. Wenn heute damit gearbeitet wird, dass man plötzlich eine Haushaltssperre habe, weise sie darauf hin, dass man diese immer habe bis zur Genehmigung eines Haushaltes. Das wäre nicht das erste Mal. Eigentlich war einmal gefordert worden, einen Haushalt noch im alten Jahr einzubringen und darüber zu befinden. Davon habe man sich weit entfernt, was nicht an ihrer Fraktion liege.

Des Weiteren werde in der Begründung zum Widerspruch gesagt, dass Kostendeckungsvorschläge unterbreitet werden sollen. Hier richtete sie die Frage an den OB, wo dies in der Kommunalverfassung steht. Sie erinnerte auch an das gestrige Gespräch, wo sehr wohl Alternativen aufgezeigt und Herr Koschig habe deutlich gesagt, es gibt keinen Beschluss zum Verkauf und es wird auch keinen Verkauf geben. Deshalb forderte Frau Ehlert ihn auf, seinen Antrag zurück zu ziehen.

**Herr Ehm, CDU-Fraktion**, richtete seine Worte an diejenigen, die das Bürgerbegehren initiiert haben, es unterstützen und auch gegen den Widerspruch des Oberbürgermeisters gesprochen haben. Der Stadtrat habe über das Vermögen dieser Stadt zu entscheiden. Hier werde immer unterschieden zwischen den Schulden, die woanders liegen, und den Stadtwerken, die quasi in Volkseigentum sind und geschützt werden müssen davor, dass sie zum Wohle der Stadt eingesetzt werden. Herr Ehm betonte, diese Stadt habe nur ein Vermögen und die Angesprochenen sind auch für dieses Defizit verantwortlich. Sie sollten doch jedem Einwohner dieser Stadt, vom Säugling bis zum ältesten Einwohner, er müsste morgen 500 Euro ins Rathaus bringen, damit diese 40 Mio. gedeckt werden. Es gehe darum, dass endlich wieder frei entschieden werden kann,

um diese Stadt für die Zukunft zu gestalten. Die Blockadepolitik, die hier betrieben werde, sei für diese Stadt unerträglich und absolut schädlich.

Was Herr Ehm gesagt habe, wäre ebenfalls pure Polemik, die nicht weiterhelfe, erwiderte **Herr Hoffmann, Fraktion Die Linke**. Einige Dinge, die gesagt wurden, könne man aus deren Sicht durchaus nachvollziehen, was die Drucksituation betrifft. Das habe aber auch zur Konsequenz, dass man sich mit einem Armutszeugnis versieht, weil man dann eigentlich seine Handlungsunfähigkeit eingesteht. Herr Hoffmann halte es aber für richtig, dass man zunächst damit anfängt, festzustellen, dass es hier um nicht mehr aber auch nicht um weniger als einen grundsätzlichen Beschluss geht, wie man zum kommunalen Eigentum steht. Dass das Konsequenzen hat, sei klar. Aber nun Probleme, die andernorts Ursprünge haben, hier so auszutragen, dass man seine Mitwirkung oder bestimmte Dinge etwas anders zu sehen, völlig aufzugeben, würde bedeuten, sich jeglichen Vorgaben auch dieses Landesverwaltungsamtes zu ergeben. Bevor man für bestimmte Entwicklungen eine Tür öffnet, wo es gar nicht notwendig ist, bei all den Gefahren, die er persönlich darin sehe, sollte man sich noch etwas Zeit nehmen, noch einige andere Dinge auszuloten. Nicht mehr und nicht weniger will dieser Beschluss mit dem Bürgerbegehren.

**Herr Weber, CDU-Fraktion**, gab seinem Erstaunen Ausdruck, es habe der Stadt niemand das Geld aufgezwungen, um Schulden zu machen für die Investitionen, die in der Vergangenheit geschehen sind. Es wurden 108 Mio. EURO Schulden aufgehäuft, die für dringend notwendige Investitionen in die Vergangenheit getätigt wurden. Man habe aber Kinder, junge Menschen in dieser Stadt und wolle auch in die Zukunft investieren. Es geht darum, dass die 108 Mio. nicht weg zu beten sind, sondern es müssen sachliche Vorschläge gemacht werden. Herrn Hoffman sei bekannt, dass er (Herr Weber) jemand sei, der über Jahre immer wieder Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung vorgelegt habe, weshalb er ihn auffordere, dass dies auch von seiner Seite so getan werde.

Wie er bereits im letzten Amtsblatt geschrieben habe, wolle jemand, der Geld gibt, auch eine Rendite haben und diese müsse erwirtschaftet werden, gab **Herr Kleinschmidt, Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM**, zu bedenken. Diese Rendite werde durch ein städtisches Unternehmen erwirtschaftet, das vorher verkauft wurde. Vor Jahren wurde dies oft genug in Gesellschafterversammlungen der DVV vorgetragen und man war sich klar, dass dies nicht geht. Man sollte besser dazu kommen, dass die Rendite, die der Beteiligte bekomme, lieber die Stadt erhalte, dass man die Betriebe befähigt, eine höhere Rendite zu erarbeiten, damit der Konsolidierungsbeitrag in der Höhe erzielt wird.

Ergänzend führte **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, aus, die erhobenen Vorwürfe tragen nicht zur Lösung der Problematik bei. Fakt ist, das Kernproblem sei ein strukturelles, im Moment werde Beschäftigung gesichert. Man hätte andere Härten, wenn Klartext gesprochen wird. Die Konjunktur kriselt, man wisse nicht, wo in wenigen Wochen und Monaten das tatsächliche Defizit gesehen wird. Aus dem Grunde ist alles, was destabilisierend wirkt, schädlich. Man sollte systematisch an den Punkten weiterarbeiten, an denen in der letzten Woche mit der Aufnahme der Untersuchung der Kernverwaltung begonnen wurde. Er könne nicht nachvollziehen, warum der Oberbürgermeister hier um jeden Preis widerspricht. Die Bürgerbegehrenslage sei eigentlich Schutz seiner Intentionen. Er könnte eigentlich das Bürgerbegehren nutzen, um ver-

nünftige Diskussionen bis hin in das Jahr der Zielsetzung lt. Landesverwaltungsamt auf den Weg zu bringen.

**Oberbürgermeister Koschig** schloss an die Ausführungen von Herrn Schönemann an, die s. E. gerade zielführend für den Beitritt zum Widerspruch seien. Das Offenhalten aller Optionen für die Zukunft der Stadt ermögliche gerade am einfachsten, die beste Zukunft für diese Stadt zu suchen. Den vorliegenden Beschluss könne er zu jeder Zeit fassen und sollte ihn an dem Tag fassen, an dem die Zeit dafür reif ist. An diesem Tag, an dem die Konsolidierung lückenlos ohne Veräußerung steht, würde er ihm auch zustimmen. Möglicherweise stimme auch eine Mehrheit zu, wenn man die Lücke nicht schließen können und dann ernsthaft mit dieser Sache beschäftigen müssen und sagen, obwohl die Situation eine sehr ernsthafte ist, entscheiden wir uns trotzdem nicht für eine Veräußerung von Anteilen, weil uns die Zukunft mit der Veräußerung von Anteilen trotzdem nicht überzeugt. Momentan habe man aber eine Lücke im Konsolidierungskonzept und würde mit diesem Beschluss diese Lücke nicht schließen, sondern offen lassen.

Die Forderung, im Dezember einen Haushalt zu beschließen, ist rechtmäßig, bestätigte Herr Koschig. Man habe immer gut daran getan anzustreben, im Dezember - eigentlich nach Forderung der Gemeindeordnung am 30. November - auch den Haushalt zu verabschieden. Dies ist zurzeit nicht möglich und es ist schade, dass dann auf diese Weise auch argumentiert wird. Man würde sehr gern dem Vorschlag der Fraktion Die Linke folgen und im Dezember einen Haushalt verabschieden. Das setzt aber eine Verdoppelung unserer Konsolidierungsbemühungen im laufenden Haushalt voraus, weil die Ergebnisse des laufenden Haushaltsjahres, des Jahresabschlusses, bei dem man über 8 Mio. EURO rede, noch nicht mit in den Haushaltsentwurf genommen werden können, sondern zusätzlich konsolidiert werden müssen. Das wäre eine Beschleunigung des Konsolidierungsprogramms unserer Stadt auf die Hälfte des Zeitraumes, wobei Herr Koschig nicht wisse, wie das erreicht werden kann. Deshalb werde es, obwohl es nicht rechtmäßig ist, geduldet, den Haushalt erst im laufenden Haushaltsjahr zu beschließen, weil man dann die Erfolge des Wirtschaftens im vergangenen Jahr mitnehmen kann. Damit entlaste man sich von weiteren Konsolidierungsmaßnahmen.

Das Schreiben des Landesverwaltungsamtes sei ernst zu nehmen, betonte OB Koschig. Vor den Weihnachtsfeiertagen waren er und die Beigeordnete für Finanzen beim Präsidenten, Herrn Leimbach, und dem Vizepräsidenten, Herrn Kuras, der ja die Obere Kommunalaufsicht leitet. Hier wurde nochmals eindeutig auf die Ernsthaftigkeit des Schreibens hingewiesen, dass es eine klare Ankündigung der Kommunalaufsicht ist. Wenn es nicht erkennbar ist, dass die Stadt Dessau-Roßlau - und es ist die Aufgabe des Stadtrates - hier weiter in den Konsolidierungsbemühungen an Tempo gewinnt und die Konsolidierung lückenlos nachweist, wird die Kommunalaufsicht weiter anziehen. Herr Koschig sei geneigt, dem Stadtrat Eichelberg zuzustimmen, das muss nicht die Kuratel sein, das kann auch etwas anderes sein. Aber eines werde es nicht sein: Es wird kein Papiertiger sein. Dies war eine ganz klare Aussage.

Der Oberbürgermeister sei pflichtgemäß in Widerspruch gegangen, weil momentan die Konsolidierung nicht lückenlos geschlossen werden kann. Herr Koschig habe lange darüber überlegt, weil hier die Bürgerinnen und Bürger mit ins Boot gezogen wurden und es nicht einfach für einen Oberbürgermeister ist, einer Auffassung von fast 9.000 Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt mit einem Widerspruch zu begegnen. Ihnen

gegenüber habe er einen großen Erklärungsbedarf, allerdings habe er auch öffentlich gewarnt vor einer solchen Initiierung. Jetzt besteht Erklärungsbedarf einer Bürgerschaft gegenüber, die das Ganze nicht versteht, worüber wir uns hier momentan streiten, wo sich alle einig sind, eigentlich unsere Anteile an den kommunalen Unternehmen nicht veräußern zu wollen, aber momentan von der Ultima ratio nicht wegkommen. Alle sind sich auch einig und haben es heute angesprochen, dass wir uns ganz stark bemühen wollen, mit der nächsten Untersuchung von Rödel & Partner weiter an der Konsolidierung zu arbeiten. Aber heute haben wir noch keine Ergebnisse und Herr Koschig hoffe, dass es in diesem Jahr gelingt, diese Ergebnisse zu erzielen. Im zweiten Halbjahr könne man vielleicht so viele Konsolidierungsbeiträge nachweisen, dass unser Konsolidierungsprogramm zeitlich im gesetzlichen Rahmen und lückenlos darstellbar ist. Auch sein Wunsch ist dass dies ohne Veräußerung von kommunalem Vermögen darstellbar ist.

Da sich der Oberbürgermeister mit seiner Verwaltungsspitze dafür einsetzt, werde die Obere Kommunalaufsicht eher zu der Erkenntnis kommen, dass es hier keiner Kuratel bedarf. Wenn der Stadtrat dem eben nicht beitrifft, wird sie möglicherweise eher zu der Erkenntnis kommen, dass es bei der Stadt Dessau-Roßlau angebracht und ein probateres Mittel ist, mit Ersatzvornahmen einzugreifen und jene Beschlüsse zu fassen, die der Stadtrat eben nicht gefasst hat. Hier führte Herr Koschig als Beispiel die Hundesteuerersatzung an. Wenn es uns nicht selbst gelingt, immer Herr im Hause zu sein und so lange die finanzielle Situation so ist, auch bereit zu sein, zunächst keine Tabus aufzumachen, wohl wissend, dass wir Prioritäten schon kennen.

Abschließend bat Herr Koschig, dem Widerspruch beizutreten und die Beschlüsse, die durchaus sinnvoll sind, an dem Tag zu fassen, wo wir sie begründen und mit klarem Blick auch gegenüber unseren Bürgerinnen und Bürgern vertreten können.

Ein **Geschäftsordnungsantrag** auf **Schluss der Debatte** und Abstimmung wurde durch Herrn Dr. Plettner, FDP-Fraktion, gestellt. Es seien von allen Fraktionen die unterschiedlichen Standpunkte ausgetauscht worden.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor, so dass die Debatte durch den **Vorsitzenden des Stadtrates Dr. Exner** geschlossen wurde und er um Abstimmung bat. Er erläuterte zunächst die Wirkung des Widerspruchs des Oberbürgermeisters, wonach der Stadtrat erneut über die Vorlage DR/BV/459/2008/PD/NF zu befinden hat. Der Aufforderung von Herrn Dreibrod, SPD-Fraktion, folgend, verlas Herr Dr. Exner nochmals den Beschlussvorschlag.

Der Beschluss zum Erhalt der Beteiligungen an kommunalen Unternehmen wurde erneut mit mehrheitlicher Zustimmung gefasst.

**Abstimmungsergebnis:** 26:16:01

Nach der Abstimmung wurde durch **Frau Ehlert, Fraktion Die Linke**, folgende persönliche Erklärung zum Abstimmungsverhalten abgegeben:

„1. ist es für mich und meine Fraktion ein Demokratieverständnis, über das Anliegen eines Bürgerbegehrens auch hier im Rat abzustimmen.“

2. habe nicht ich oder meine Fraktion eingebracht, den Haushalt bis Jahresende beschließen zu lassen oder ihn einzubringen, sondern es waren die Worte der Finanzdezernentin in ihrer Antrittsrede, an die ich hier nur erinnern möchte.“

Auf einen Einwurf reagierend, bekräftigte Frau Ehlert, man habe uns gezwungen, Schulden aufzunehmen, weil das Land über Jahre den kreisfreien Städten Geld vorenthalten hat. Weiterhin hat die Steuerpolitik des Bundes ebenfalls zu Haushaltslöchern geführt.

**Vor dem Aufruf des nächsten Tagesordnungspunktes ermahnte Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner die Mitglieder des Stadtrates eindringlich, sich generell bei Verlassen oder bei der Rückkehr in den Tagungsraum bzw. Nichtteilnahme an Abstimmungen bei den Mitarbeiterinnen des Büros des Stadtrates ab- bzw. anzumelden.** Zur Feststellung der Zahl der derzeit anwesenden Stimmberechtigten wurden die Vorsitzenden der Fraktionen aufgefordert, die Zahl der Anwesenden ihrer Fraktion dem Präsidium mitzuteilen.

### **7.3 Bürgerbegehren für den Erhalt der Unternehmen der Daseinsvorsorge im Eigentum der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: DR/BV/489/2008/I-OB**

**Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM**, bat um Prüfung, ob sich durch den soeben gefassten Beschluss dieser Tagesordnungspunkt erübrigt hat.

Es gehe hier um die Frage der Zulässigkeit eines Bürgerbegehrens, merkte **Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner** an. Daher ist es durchaus möglich, dass der Stadtrat darüber beschließt. Da es Gegenstand der Tagesordnung sei, sollte darüber auch abgestimmt werden.

Entsprechend den Meldungen der Vorsitzenden der Fraktionen wurde die Beschlussfähigkeit des Gremiums mit **43 anwesenden Stimmberechtigten** festgestellt.

Nach Verlesung des Beschlussvorschlages durch den Stadtratsvorsitzenden lehnte der Stadtrat den Beschlussvorschlag mehrheitlich ab.

**Abstimmungsergebnis:** 16:24:03

### **7.4 Wirtschaftsplan für das Jahr 2009 für das Anhaltische Theater Dessau Vorlage: DR/BV/476/2008/I-ATD**

Der Beschluss zur Vorlage wurde mehrheitlich gefasst.

**Abstimmungsergebnis:** 40:00:01

### **7.5 Präzisierung der Planungen für investive Maßnahmen am Anhaltischen Theater Dessau 2009 - 2012 Vorlage: DR/BV/479/2008/I-ATD**

Dem Beschlussvorschlag wurde mehrheitlich entsprochen.

**Abstimmungsergebnis:** 41:00:00

**7.6      Satzung über die Wochenmärkte in der Stadt Dessau-Roßlau  
- Wochenmarktsatzung -  
Vorlage: DR/BV/446/2008/II-36**

**Herr Tonndorf, Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM**, stellte bezüglich § 2 die Nachfrage, ob hier auch die neu geschaffene Fläche an den Parkplätzen in der Rudolf-Breitscheid-Straße in Roßlau gemeint sei. Dies wurde von **Frau Beigeordnete Nußbeck** verneint, **Oberbürgermeister Koschig** wies darauf hin, dass es sich um eine private Fläche handelt.

Die Wochenmarktsatzung wurde mehrheitlich beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 40:00:01

**7.7      Erneuerung/Erweiterung Straßenbeleuchtung Birnbaumweg  
- Entscheidung gem. § 1 Abs. 4 Satz 4 Straßenausbaubeitragssatzung  
der Stadt Dessau  
Vorlage: DR/BV/314/2008/II-EB**

Der Beschlussvorschlag wurde mehrheitlich abgelehnt.

**Abstimmungsergebnis:** 13:20:06

**7.8      Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Stadtpflege für das Jahr 2009  
Vorlage: DR/BV/508/2008/II-EB**

Der Stadtrat stimmte der Vorlage einstimmig zu.

**Abstimmungsergebnis:** 41:00:00

**7.9      Gesamtmaßnahmebeschluss für die Städtebauliche Reparatur des Ensembles der Meisterhäuser in Dessau  
Vorlage: DR/BV/463/2008/V-41**

Der Beschluss zur Vorlage wurde mehrheitlich zustimmend gefasst.

**Abstimmungsergebnis:** 40:01:00

**7.10     Fortschreibung der Richtlinie Kosten der Unterkunft  
der Stadt Dessau-Roßlau  
Vorlage: DR/BV/483/2008/V-50**

Der Fortschreibung der Richtlinie wurde mehrheitlich zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:** 36:00:05

**7.11     Beschluss über die Aktualisierung des städtebaulichen Rahmenplanes  
für das Sanierungsgebiet Dessau-Nord  
Vorlage: DR/BV/344/2008/VI-60**

Der Stadtrat stimmte dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

**Abstimmungsergebnis:** 42:00:00

**7.12 Abwägung zum geänderten Entwurf des Bebauungsplanes der Innenentwicklung Nr. 204 "Handelsquartier am Schillerplatz"**  
**Vorlage: DR/BV/460/2008/VI-61**

Dem Abwägungsvorschlag wurde mehrheitlich entsprochen.

**Abstimmungsergebnis:** 41:00:01

**7.13 Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr. 204 "Handelsquartier am Schillerplatz" im Stadtteil Roßlau**  
**Vorlage: DR/BV/464/2008/VI-61**

Der Stadtrat fasste mehrheitlich den Satzungsbeschluss.

**Abstimmungsergebnis:** 42:00:01

**7.14 Gebietserweiterungen der Stadtumbaugebiete "Fördergebiet Innenstadt" (Dessau), "Elballee" (Dessau) und "Paulickring/Nordstraße" (Roßlau)**  
**Vorlage: DR/BV/472/2008/VI-61**

**Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, bat um eine Kostenschätzung. Daraufhin führte **Herr Bekierz, Leiter des Amtes für zentrales Gebäudemanagement**, aus, diese Gebietserweiterung hat keinen Einfluss auf Kosten. Das Gesamtbudget erhöht noch reduziert sich dabei, aber es gibt uns die Möglichkeit, die Mittel in ein Gebiet hinein zu lenken, was sich durch den Abbruch des Rodebilleviertels angeboten hat, um den gesamten Grünzug logischer zu gestalten.

Der Stadtrat stimmte dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

**Abstimmungsergebnis:** 44:00:00

**7.15 Aufstellungsbeschluss über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 58 "Biogasanlage Lukoer Straße"**  
**Vorlage: DR/BV/481/2008/VI-61**

Der Beschluss der Vorlage entsprechend wurde mehrheitlich gefasst.

**Abstimmungsergebnis:** 40:00:02

**7.16 2. Änderung des Flächennutzungsplans für den Ortsteil Dessau - Beschluss über die Billigung und die öffentliche Auslegung der Planentwürfe in der Fassung vom November 2008**  
**Vorlage: DR/BV/491/2008/VI-61**

Der Beschlussvorschlag wurde einstimmig angenommen.

**Abstimmungsergebnis:** 44:00:00

Der öffentliche Teil der Sitzung wurde geschlossen und Nichtöffentlichkeit hergestellt.

**10. Schließung der Sitzung**

Die Sitzung wurde geschlossen.

Dessau-Roßlau, 22.12.20

---

Dr. Stefan Exner  
Vorsitzender des Stadtrates

E. Baumer  
Schriftführer